

Ottokar Luban

DIE MASSENSTREIKS FÜR FRIEDEN UND DEMOKRATIE IM ERSTEN WELTKRIEG

Die ersten zwei Jahre des Weltkrieges von 1914 bis 1918 waren in Deutschland gekennzeichnet durch eine nationalistische Stimmung mit permanenten Siegesmeldungen und Forderungen der führenden Wirtschaftskreise nach umfangreichen Annexionen. Mit der Begründung, es sei zwingend erforderlich, sich gegen das despotische zaristische Russland zu verteidigen, bewilligte die SPD-Reichstagfraktion entgegen der Parteitradition und entgegen den Beschlüssen der Sozialistischen Internationale alle Finanzmittel für den Krieg. Die Gewerkschaften verzichteten für die Dauer des Krieges auf jeden Streik, zumal unter dem verhängten Belagerungszustand Arbeitsniederlegungen sowieso nicht möglich gewesen wären. Eine Opposition gegen die regierungsloyale Politik kam erst allmählich in Gang und wurde vor allem durch die Ablehnung der Kriegskredite öffentlich, zuerst im Dezember 1914 durch den Reichstagsabgeordneten Karl Liebknecht und später, im Dezember 1915, durch 19 weitere SPD-Abgeordnete, darunter der Parteivorsitzende Hugo Haase. Nach langen, harten Auseinandersetzungen wurde die innerparteiliche Opposition Anfang 1917 aus der SPD ausgeschlossen und gründete Anfang April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Für die SPD, die weiterhin die Kriegskredite bewilligte und mit den bürgerlichen Parteien zusammenarbeitete, bürgerte sich ab April 1917 langsam der Name Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands (MSPD) ein, obwohl offiziell der alte Name weiterverwendet wurde.

Der Liebknecht-Streik

Für die Öffentlichkeit hatte es zwei Jahre lang keine Anzeichen für eine Opposition in den Gewerkschaften gegeben. Deshalb waren die Führung der SPD und der Gewerkschaften, aber auch die Berliner Politische Polizei vollständig überrascht, als am 28. Juni 1916 etwa 55.000 Arbeiterinnen und Arbeiter der Berliner Rüstungsbetriebe die Arbeit niederlegten und an verschiedenen Stellen der Stadt, vor allem vor

dem Kommandanturgericht, gegen den Liebknecht-Prozess demonstrierten. Der linke SPD-Reichstagsabgeordnete Karl Liebknecht stand als Anführer und Organisator einer Friedenskundgebung vom 1. Mai 1916 in Berlin vor dem Kriegsgericht, das ihn letztendlich zu vier Jahren und einem Monat Zuchthaus verurteilte. Diese Sympathiebekundung für den bekannten Kriegsgegner war seit Kriegsbeginn der erste Massenstreik in Deutschland mit einem eindeutigen politischen Bekenntnis für eine Friedenspolitik. Die Militärbehörde griff sofort zu massiven Unterdrückungsmaßnahmen, indem sie viele der am Streik Beteiligten strafweise zur Armee einberief. 29 linke PolitikerInnen wurden in «Schutzhaft» genommen, darunter Rosa Luxemburg (bis zum Kriegsende) und der 70-jährige Franz Mehring (für sechs Monate). Diese Repressionen zeigten Wirkung. Aufrufe zu Streiks und Demonstrationen zugunsten Liebknechts im August 1916 brachten keinen Erfolg. «Die Angst vor Inhaftierung und dem bunten Rock [also der Einberufung] gibt den radikalen Hetzern keine rechte Gefolgschaft», stellte die Politische Polizei befriedigt fest.¹

Auch die Führungen von SPD und Gewerkschaften hatten zur Dämpfung der Streikbereitschaft beigetragen. In einem im *Vorwärts* veröffentlichten und auf 100.000 Flugblättern in Berlin verteilten Aufruf vom 25. Juli 1916 warnten sie die Arbeiterschaft «vor dem Treiben der im Dunkel der Anonymität wirkenden Generalstreikapostel» und verurteilten alle Mitwirkenden moralisch: «Wer das putschistische Treiben [...] mitmacht, [...] trägt eher zur Verlängerung des Krieges bei.»

Die Berliner Politische Polizei machte als Verursacher dieser Massenstreikaktion die oppositionellen Betriebsvertrauensleute des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) aus und ließ ihren informellen Anführer Richard Müller, später in der Novemberrevolution 1918 Vorsitzender des Vollzugsrates, erst einmal für mehrere Monate zur Armee einberufen. Dieser Kreis von kritischen Funktionären im Berliner Verband des DMV, selbst in den Fabriken tätig und dort fest verankert, hatte sich bei den üblichen Gesprächen in Lokalen nach den offiziellen Sitzungen zusammengefunden. Obwohl die Zusammensetzung im Laufe des Krieges durchaus etwas wechselte, war dies eine verschworene Gemeinschaft, die auf der Grundlage der in den Betrieben üblichen Kollegialität und Solidarität handelte. Aufgrund der Stimmung in den Fabriken wurde auf einem gemeinsamen Treffen mit VertreterInnen der Gruppe um Rosa Luxemburg, der späteren Spartakusgruppe, und der gemäßigten Parteiopposition um Ledebour die Massenaktion am 28. Juni 1916 geplant. Diese Koalition zwischen der gewerkschaftlichen und der parteipolitischen Linken sollte noch bei weiteren Massenaktionen in der Kriegs- und Revolutionszeit eine große Rolle spielen.

1 Dokumente aus geheimen Archiven, Bd. 4: Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin, 1914–1918, bearb. von Ingo Materna und Hans-Joachim Schreckenbach unter Mitarbeit von Bärbel Holtz, Weimar 1987, S. 149.

Der Brotstreik im April 1917

Im Laufe der ersten zwei Kriegsjahre nahmen die Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Heizmaterial und anderen Gütern des täglichen Bedarfs zu. Lebensmittelkarten wurden eingeführt, doch eine ausreichende Zuteilung konnte nicht gewährleistet werden, weil zeitweise nur 50 Prozent der Rationen in den Geschäften zu erhalten waren. Häufiges stundenlanges Anstehen nach rationierten oder zusätzlichen Nahrungsmitteln, manchmal in 1.000-köpfigen Menschenschlangen, war notwendig. Ab und zu kam es zu «Butter-Krawallen» mit Plünderungen von Geschäften. Doch insgesamt ertrug die Bevölkerung den Mangel zunächst ohne größeren Protest, sodass selbst die Politische Polizei im Juli 1916 erstaunt feststellte: «Man muss es gesehen haben, wie in den Arbeitervierteln die Frauen oft stundenlang ruhig und still auf die ihnen zugewiesenen knappen Lebensmittelrationen warten und oft noch, ohne solche erhalten zu haben, wieder abziehen müssen.»²

Nach einer miserablen Kartoffelernte im Herbst 1916 verschlechterte sich die Ernährungslage dramatisch. Die Kohlrübe musste als Hauptnahrungsmittel in allen Variationen herhalten. Brot wurde wegen Getreidemangels mit Stroh gestreckt. Ausreichend Fett und Fleisch konnten nur im Schleichhandel zu Preisen, die für den Normalverdiener nicht erschwinglich waren, beschafft werden. In dieser Situation wurde am Ausgang des langen, harten «Kohlrübenwinters» 1916/17 die Ankündigung einer Senkung der Brotration zum 15. April zum Anlass für den ersten großen Massenstreik in Berlin, Leipzig, Magdeburg und Kiel. Zusätzlichen Auftrieb für Aktionen mag die Februarrevolution in Russland gegeben haben. Vom 16. bis zum 18. April 1917 streikten in Berlin knapp 200.000 ArbeiterInnen, beschränkten sich jedoch unter dem Einfluss der rechten Berliner Gewerkschaftsführer auf Forderungen zur Verbesserungen der Nahrungsmittelversorgung. 25.000 setzten den Streik mit zusätzlichen politischen Forderungen nach Frieden ohne Annexionen, Demokratisierung und Aufhebung der politischen Repressionen fort. Sie gingen erst wieder an die Arbeit, als die Militärbehörden am 20. April mit der strafweisen Einberufung begannen. USPD-Abgeordnete, die in den weiterstreikenden Betrieben – wie die Spartakusgruppe in zahlreichen Flugblättern – die Belegschaft zum Durchhalten aufgefordert hatten, wurden mit Verfahren vor dem Reichsgericht wegen versuchten Landesverrats überzogen. Träger der Massenaktion war wie am 28. Juni 1916 der Kreis der oppositionellen Metallgewerkschafter um Richard Müller, der allerdings zwei Tage vor der Aktion erneut eingezogen wurde. Nachdem in Betriebsversammlungen die Streikbereitschaft deutlich wurde, kam es am 15. April auf einer Generalversammlung des Berliner DMV zum Streikbeschluss. Die rechte Berliner Gewerkschaftsführung hatte keine Möglichkeit gesehen, auf die in den Betrieben herrschende Proteststimmung mäßigend einzuwirken. Erst nach Streikende distanzierten sich die Führungen von

2 Ebd.

MSPD und Gewerkschaften vom Streik und warnten dringend vor neuen Aktionen, genauso wie Feldmarschall Hindenburg in einem Appell an die Bevölkerung. Zeitgleich mit dem Berliner Streik hatte es noch Arbeitsniederlegungen in Leipzig mit 30.000 Beteiligten und politischen Forderungen gegeben, außerdem kleinere Streiks in weiteren Städten.

Der Massenstreik im Januar/Februar 1918

Zwar gab es im August 1917 noch Arbeitsniederlegungen in Braunschweig, Leipzig, Magdeburg, Merseburg-Halle und an anderen Orten, in Berlin blieb es aber bis auf ein paar von der USPD veranstaltete Friedendemonstrationen im November 1917 ruhig. Doch nach der Machtergreifung der Bolschewiki in Russland und dem allgemeinen Angebot der neuen russischen bolschewistischen Regierung eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen war die Friedenshoffnung in der deutschen Bevölkerung zu Beginn des vierten Kriegswinters riesengroß geworden. Umso enttäuschender war es, als sich der Friedensschluss wegen der harten Haltung der kaiserlichen Regierung auf ungewisse Zeit verzögerte. Jetzt wurde das im September 1917 beschlossene, aber zunächst zurückgehaltene Stockholmer Manifest der Zimmerwalder Linken, der Vereinigung der sozialistischen KriegsgegnerInnen verschiedener Länder, mit seinem Aufruf zu einem internationalen Massenstreik für den Frieden aktuell, zumindest in deutschen Funktionärskreisen. Die oppositionellen Berliner Betriebsvertrauensleute traten nunmehr sowohl an den linken USPD-Reichstagsabgeordneten Georg Ledebour wie an Leo Jogiches von der linksradikalen Spartakusgruppe heran, um gemeinsam die zögerliche USPD-Reichstagsfraktion zu einem Streikaufruf zu bewegen.

Der am 28. Januar 1918 in Berlin beginnende Massenstreik war wieder von den Betriebsobleuten organisiert, erfasste rund 400.000 Personen, darunter viele Frauen, rückte die Forderung nach einem Frieden ohne Annexionen in den Vordergrund und dauerte eine Woche. Die Massenaktion nahm in Berlin zeitweise bürgerkriegsähnliche Formen bei Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen und der Polizei an. In die aus den Obleuten und der USPD-Führung gebildete Streikleitung traten auf Drängen der MSPD-Basis noch drei Mitglieder des MSPD-Vorstandes ein. Die Gewerkschaftsführung erklärte sich für neutral. Auch in anderen Städten und Regionen wie in München, Kiel, Hamburg, Danzig, Magdeburg, Nürnberg oder Fürth kam es zu größeren Arbeitsniederlegungen, sodass der Streik insgesamt etwa eine dreiviertel Million Personen erfasste. Die umfangreiche, von der Spartakusgruppe organisierte Flugschriftenagitation wurde zu einem beträchtlichen Teil von linksbürgerlichen Pazifisten (Bund »Neues Vaterland«) finanziert. Die gewünschten Verhandlungen des Streikkomitees mit Regierungsvertretern kamen nicht zustande. Die staatlichen Repressionen gegen die Beteiligten übertrafen noch die nach den früheren Streiks: Viele wurden von Kriegsgerichten im Schnellverfahren zu Gefängnisstrafen verurteilt, Tausende kamen an die Front. Der Friedensschluss mit Russland kam erst nach einigen Wochen zustande und erlegte dann dem russischen Staat die härtesten Bedingungen

in Bezug auf Annexionen und Kontributionen auf. Keines der Streikziele war erreicht worden.

Die erfolgreiche revolutionäre Massenerhebung am 9. November 1918 in Berlin

Doch nach einer Phase der internen Neuorganisation begannen die oppositionellen GewerkschafterInnen, später als «Revolutionäre Obleute» bekannt geworden, ab Mai 1918 zusammen mit linken USPD-Führern – ab Ende Oktober auch mit dem amnestierten Karl Liebknecht und weiteren Spartakusmitgliedern – die nächste Massenaaktion zu planen, diesmal als bewaffneten Aufstand mit dem Schwerpunkt in Berlin zur Erreichung von Frieden und Demokratie. Allerdings glaubten die Revolutionäre im Sommer 1918 noch, dass sich Kriegslage und innenpolitische Situation erst ab Januar 1919 als günstig für einen revolutionären Massenaufstand entwickeln würden.

Als die meuternden Matrosen von den in den deutschen Häfen liegenden Kriegsschiffen die Revolution ab dem 4. November 1918 ins Land trugen und die revolutionäre Stimmung schnell das ganze Land erfasste, versuchte die Führung der Mehrheitsozialdemokratie um Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann, die seit Oktober 1918 an der kaiserlichen Regierung beteiligt waren, die Revolution von der Reichshauptstadt fernzuhalten und die Berliner ArbeiterInnen durch eine intensive Beruhigungspropaganda von einer revolutionären Erhebung abzuhalten. Auch das Militär versuchte durch eine massive Truppenpräsenz in den Straßen Berlins, bis zum 9. November die Arbeiterschaft einzuschüchtern.

Dennoch gelang es den «Revolutionären Obleuten» gemeinsam mit USPD und Spartakus am 9. November in Berlin den lang geplanten revolutionären Massenaufstand auszulösen. Die Belegschaften der Berliner Betriebe traten vollständig in den Streik, zogen in riesigen Zügen in die Innenstadt und besetzten dort viele Regierungsgebäude. Die Soldaten aus den Kasernen schlossen sich den demonstrierenden Arbeitern an.

Zwar ließ sich der Parteivorsitzende der MSPD, Friedrich Ebert, am Mittag des 9. November noch vom alten kaiserlichen Reichskanzler Max von Baden die Regierungsgewalt übertragen. Doch dank einer Initiative des Anführers der «Revolutionären Obleute», Emil Barth, kam es zu Wahlen von Arbeiter- und Soldatenräten in den Berliner Betrieben und Kasernen und auf einer turbulenten Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte am 10. November zur Bildung einer Art Revolutionsregierung, dem Rat der Volksbeauftragten mit je drei führenden MSPD- und USPD-Politikern, und einem quasi revolutionären Parlament, dem Berliner Vollzugrat aus Arbeiter- und Soldatenräten,

Entgegen aller intensiver Antirevolutionspropaganda der eigenen Gewerkschaftsführung sowie der Mehrheitsozialdemokratie und trotz massiver staatlicher Repressionen hatte sich eine Basisbewegung der Arbeiterschaft in den Betrieben mit mehreren Massenaaktionen öffentlich und letztendlich – mit der revolutionären Machtübernahme am 9. und 10. November 1918 – erfolgreich für die Erreichung von Frieden und Demokratie in Deutschland eingesetzt.

Literatur

- Boebel, Chaja/Wentzel, Lothar (Hrsg.): Streiken gegen den Krieg. Die Bedeutung der Massenstreiks in der Metallindustrie vom Januar 1918, 2., durchges. Aufl., Hamburg 2015.
- Luban, Ottokar: Die Novemberrevolution 1918 in Berlin. Eine notwendige Revision des bisherigen Geschichtsbildes, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2009/I, S. 55–78.
- Luban, Ottokar: Julius Gerson und Eduard Fuchs, die Spendensammler für die Flugschriftenagitation der Spartakusgruppe – Verbindungen zwischen Linkssozialisten und bürgerlichen Pazifisten, in: Luban, Ottokar: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913–1919, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2008, S. 286–305.
- Luban, Ottokar: Russische Bolschewiki und deutsche Linkssozialisten am Vorabend der deutschen Novemberrevolution. Beziehungen und Einflussnahme, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2009, S. 283–298.